



**Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter**

Ägypten Jahresbericht 2019

Im Februar 2019 werden Vorwürfe der *African Commission on Human and Peoples' Rights* (ACHPR) der Afrikanischen Union (AU) über den Einsatz von Folter und Misshandlungen durch ägyptische Sicherheitskräfte laut sowie das „Verschwindenlassen“ von Oppositionellen und anderen Menschenrechtsverletzungen. Seit Sissis Präsidentschaft würden Menschenrechtsmechanismen geschädigt und brachten Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft mit sich. Ägypten hat als Mitgliedsstaat bis heute zentrale Protokolle der AU wie das Maputo-Protokoll über die Rechte der Frauen in Afrika, das Protokoll über die Errichtung des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte und Rechte der Völker und die Afrikanische Charta für Demokratie, Wahlen und Staatsführung nicht ratifiziert.

Der Menschenrechtsanwalt Mohamed Ramadan wird am 10. Februar allein wegen des Tragens einer gelben Weste, das er auf einem Foto in Facebook teilte und sich solidarisch mit der Bewegung in Frankreich zeigt, festgenommen. Sein Anwalt teilt später Amnesty International (AI) mit, dass Ramadan von Sicherheitspersonal körperlich angegriffen und aufgefordert wurde, seine politische Arbeit einzustellen. Ramadan gab auch an, dass er verprügelt wurde, als er einem anderen Häftling zu Hilfe eilte, auf den eingeschlagen wurde. Mohamed Ramadan ist ein Menschenrechtsanwalt, der Menschenrechtsverteidigern, friedlichen Demonstranten, Arbeitern und Bewohnern informeller Siedlungen in Alexandria Rechtsbeistand leistet. Der Strafgerichtshof von Alexandria hatte ihn zuvor im April 2017 wegen eines Facebook-Postings zu zehn Jahren Gefängnis in Abwesenheit verurteilt, gefolgt von fünf Jahren Hausarrest und einem fünfjährigen Verbot der Internetnutzung.

Der Februar ist auch geprägt durch die Nachricht der Hinrichtung von neun Häftlingen. Die Männer wurden nach einem unfairen Prozess wegen der Ermordung des ehemaligen ägyptischen Staatsanwalts im Juni 2015 verurteilt und wurden zur Vorbereitung ihrer Hinrichtung aus ihren Gefängniszellen in das Berufungsgefängnis verlegt. Während des Prozesses sagen einige der Angeklagten aus, sie seien dem „Verschwindenlassen“ zum Opfer gefallen und gefoltert worden, um ein Geständnis zu erzwingen. Die Männer gehören zu einer Gruppe von insgesamt 28 Männern an, die für die Ermordung verurteilt werden. Am 25. Februar bestätigt das Kassationsgericht die Entscheidung gegen die neun Männer und wandelt die Verurteilung von sechs weiteren Männern in lebenslange Haft um. 13 weitere Männer werden in Abwesenheit verurteilt und einer von ihnen wird im Januar des Jahres aus der Türkei gewaltsam nach Ägypten zurückgeschickt. Nach ägyptischem Recht haben die in Abwesenheit Verurteilten Anspruch auf ein Wiederaufnahmeverfahren, sobald sie sich in Haft befinden. Bis

dahin werden in Ägypten mindestens sechs Personen hingerichtet, nachdem die Verfahren durch Foltterwürfe beeinträchtigt worden waren. Trotz internationaler Kritik werden die neun Männer am 20. Februar hingerichtet.

Am 16. April werden die geplanten Verfassungsänderungen vom ägyptischen Parlament angenommen. Diese untergraben die Unabhängigkeit der Justiz und weiten Militärprozesse für Zivilisten aus. Darüber hinaus ermöglichen sie es, sollten sie in Kraft treten, Präsident Abdel Fattah al-Sisi ohne Wahlen bis 2024 Präsident zu bleiben und für weitere sechs Jahre zu kandidieren. Ein öffentliches Referendum über die Verfassungsänderungen muss nun innerhalb von 30 Tagen stattfinden. Der Parlamentspräsident hat zudem versprochen, innerhalb von 10 Jahren eine neue Verfassung zu verabschieden.

Der 40-jährige Osama Murad, der unter dem Vorwurf der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation" eine 10-jährige Haftstrafe verbüßt, hat im Tora-Empfangsgefängnis am 22. April einen Selbstmordversuch unternommen. Nach Angaben der Familie Murads wurde er in der Nacht zuvor seiner Zelle von Gefängniswärtern geschlagen und erhielt eine Schlafspritze. Am nächsten Tag wachte er auf, ging auf die Toilette und schnitt sich mit einem scharfen Gegenstand in den Hals. Seither wird Murad auf der Intensivstation des El Manial Universitätsklinikums behandelt und muss sich mehreren Operationen unterziehen. Sein Zustand ist nach wie vor kritisch. Nach Angaben seiner Familie hat sich seine psychische Gesundheit nach seiner Verurteilung im September 2016 im Gefängnis allmählich verschlechtert. Während dieser Zeit beginnt Murad unter Krämpfen, Psychosen und Ohnmachtsanfällen zu leiden. Seine Familie sagt, dass er vor seiner Verhaftung im Mai 2015 an keiner psychischen Krankheit oder unter Depression gelitten habe. AI hat Fälle dokumentiert, in denen Gefangene in den letzten Jahren gestorben sind, weil die Behörden es versäumt haben, ihnen eine angemessene und rechtzeitige medizinische Versorgung zukommen zu lassen. Nach Angaben des *AI Nadeem-Zentrums für die Rehabilitation von Gewaltopfern* starben zwischen Januar und Oktober 2017 mindestens 105 Gefangene in verschiedenen Gefängnissen und Polizeistationen, von denen mindestens 41 aufgrund von medizinischer Fahrlässigkeit gestorben sind.

Im Mai des Jahres treten 130 Häftlinge im al-Aqrab-Hochsicherheitsgefängnis in Tora in einen Massenhungerstreik. Zu ihren Forderungen gehören, die unmenschlichen Haftbedingungen unverzüglich zu beenden und regelmäßige Familienbesuche zu erlauben. Viele der Streikenden wurden vor mehr als zwei Jahren verhaftet und haben nicht einen einzigen Besuch ihrer Familien oder Anwälte erhalten. Als Reaktion auf den Hungerstreik, der am 17. Juni beginnt, haben die Behörden Vergeltungsmaßnahmen gegen die Häftlinge ergriffen, indem sie sie schlagen, Elektroschocks verabreichen und einige von ihnen mit Disziplinarmaßnahmen bestrafen, um sie zur Beendigung ihres Streiks zu zwingen, wie aus einer Erklärung von Häftlingen aus dem Gefängnis hervorgeht. Mindestens 10 Hungerstreikenden werden die Augen verbunden und in spezielle Zellen verlegt, die sie den ganzen Tag nicht verlassen dürfen.

Die Zustände, unter denen die Häftlinge ausharren müssen, sind verheerend. Die Gefangenen werden in überfüllten, von Moskitos, Fliegen und anderen Insekten befallenen Zellen

festgehalten, die ohne Ventilatoren oder funktionierende Belüftung im Sommer Temperaturen von über 40 Grad Celsius erreichen. Die Strafvollzugsbehörden verweigern den Gefangenen auch eine angemessene medizinische Versorgung, erlauben ihnen nicht, außerhalb des Gefängnisses von ihren Familien Essen oder Getränke zu erhalten und haben Beschränkungen für Kleidung und Medikamente erlassen.

Im Juli jährt sich die Vertreibung des ehemaligen Präsidenten Mursi von der Macht zum sechsten Mal. Seitdem verschlimmerte sich die Situation der Menschenrechte verheerend. Die ägyptischen Behörden verabschiedete eine Reihe von Gesetzen, um ihr Vorgehen gegen die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit unter legalem Boden durchführen zu können. Dazu veröffentlicht AI den Bericht *Egypt: Gross Human Rights Violations under President Al-Sisi*<sup>1</sup>. Seit der Machtübernahme Sisis werden unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus Tausende willkürliche Verhaftungen vorgenommen, darunter Hunderte, die sich gegen friedliche KritikerInnen und Demonstrierende richteten, sowie anhaltender Straflosigkeit für weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Misshandlungen, massenhaftes „Verschwindenlassen“, außergerichtliche Hinrichtungen und exzessive Gewaltanwendung. Der Bericht dokumentiert diese im Detail.

Am 15. Juli wird der Entwurf für ein neues NGO-Gesetz vom ägyptischen Parlament verabschiedet und soll das drakonische NGO-Gesetz von 2017 ersetzen. Jedoch wird es wenig dazu beitragen, die repressive Politik zu beenden, der Menschenrechtsgruppen im Land in den letzten Jahren ausgesetzt waren. Das Gesetz ist weiterhin repressiv gegenüber NGOs. Es verbietet NGOs weiterhin, im In- oder Ausland Gelder zu erhalten oder zu beschaffen, legitime Menschenrechtsaktivitäten durchzuführen, Forschung zu betreiben und Ergebnisse ohne Genehmigung der Regierung zu veröffentlichen. Es räumt den Behörden das Recht ein, gegen die Registrierung von NGOs innerhalb von 60 Tagen nach dem Datum der Notifikation Einspruch zu erheben, was bedeutet, dass sie für ihre Gründung eine Regierungsgenehmigung einholen müssen. Es gibt den Behörden auch die Befugnis, NGOs aufzulösen und Mitarbeiter auf der Grundlage vager Behauptungen strafrechtlich zu verfolgen. Das Parlament hat den Gesetzesentwurf verabschiedet.

Der 30-jährige Hossam Hamed stirbt Ende August in Haft, wo er mindestens seit dem 3. August 2019 in Einzelhaft saß. Es besteht der dringende Verdacht, dass er gefoltert wurde. Drei Zeugenaussagen aus dem Vorfall nahestehenden Quellen deuten darauf hin, dass Hamed wiederholt von Gefängniswärtern körperlich angegriffen wurde, während er in Einzelhaft in einer "Disziplinarzelle" festgehalten wurde. Während dieser Zeit, so sagen Quellen, habe man ihn tagelang schreien und gegen die Tür klopfen hören, bis er eines Tages aufhörte. Als die Wachen die Tür öffnen, wird er tot aufgefunden. Die Quellen sagen auch aus, dass er nach seinem Tod ein geschwollenes, verwundetes und blutiges Gesicht hat. Diesen Zeugenaussagen zufolge scheint Hossam Hamed gefoltert worden zu sein.

In den Nächten des 20. und 21. September finden landesweit Proteste statt, bei denen AI die Verhaftung von mindestens 59 Personen in fünf Städten dokumentiert. Lokale

---

<sup>1</sup> <https://www.amnesty.org/download/Documents/MDE1202532019ENGLISH.pdf>, Stand: November 2019.

Menschenrechtsorganisationen haben über Hunderte von Verhaftungen in ganz Ägypten berichtet. Das *Egyptian Center for Economic and Social Rights* berichtet, dass 964 Personen im Zusammenhang mit den Protesten zwischen dem 19. und 24. September verhaftet wurden. Präsident Sisi antwortet daraufhin, dass die Proteste vom "politischen Islam" angestiftet seien. AI stellt jedoch fest, dass die Protestierenden in Wirklichkeit aus den unterschiedlichsten Altersgruppen, Geschlechtern, sozioökonomischen und religiösen Hintergründen stammen, auch aus nicht-politischen Kreisen. Alle Inhaftierten sehen sich den gleichen "Terrorismus"-bezogenen Anklagen ausgesetzt.

Die systematische Verhaftung Oppositioneller nimmt in Ägypten nicht ab. Nach seiner Verhaftung am 29. September wird Alaa Abdel Fattah in das berüchtigte ägyptische Hochsicherheitsgefängnis al-Aqrab 2, verlegt, wo ihm die Gefängnisbeamten die Augen verbinden, ihn entkleideten, wiederholt schlagen und treten und ihn Drohungen und verbalen Beschimpfungen aussetzten. Ein Mitarbeiter der Nationalen Sicherheitsbehörde warnt, dass ihm weitere Folter drohe, wenn er den Missbrauch melde. Sein Anwalt, Mohammed el-Baqer, ein bekannter Menschenrechtsverteidiger und Direktor des *Adala-Zentrums für Rechte und Freiheiten*, wird ebenfalls am 29. September verhaftet und ist im selben Gefängnis misshandelt worden. Er ist in einer Zelle mit schlechter Belüftung inhaftiert und wird mit verbundenen Augen, entkleidet und von Gefängniswärtern beschimpft, die ihn auch neun Tage lang daran hindern zu duschen und sauberes Wasser oder Essen aus der Gefängniskantine zu kaufen. Am 9. Oktober berichten Abdel Fattah und el-Baqer über ihre Folter und Misshandlungen, als sie den Staatsanwälten zur Vernehmung erscheinen. Beide sind im berüchtigten Hochsicherheitsgefängnis Tora Maximum Security Prison 2 oder Aqrab 2 inhaftiert, wo die schrecklichen Haftbedingungen Dutzende von Häftlingen in den Hungerstreik getrieben haben. Abdel Fattah ist in den letzten Jahren wiederholt verhaftet worden, unter anderem wegen seiner Rolle bei den Demonstrationen während des Aufstands von 2011. Er verbüßte eine ungerechtfertigte fünfjährige Gefängnisstrafe wegen Teilnahme an einem friedlichen Protest im Jahr 2013. Er wurde im März 2019 unter willkürlichen Bewährungsaufgaben aus dem Gefängnis entlassen, die ihn dazu verpflichteten, fünf Jahre lang jede Nacht 12 Stunden auf einem Polizeirevier zu verbringen. Trotz der Tatsache, dass er am jüngsten Ausbruch von Protesten nicht teilgenommen hat, weil er damals auf dem Polizeirevier festgehalten wurde, wird er verhaftet und unter dem Vorwurf der Verbreitung falscher Nachrichten und des Beitritts zu einer illegalen Organisation festgenommen.

Auch Minderjährige fallen den Praktiken des „Verschwindenlassens“ und Folter und Misshandlungen in Haft zum Opfer. Aser Mohamed und Karim Hemada, die beide im Alter von 14 bzw. 17 Jahren zu Opfern dieser Praktiken werden, um zu einem Geständnis gezwungen zu werden, werden zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Kairoer Strafgerichtshof gibt am 12. Oktober sein Urteil in diesem Fall bekannt und verurteilt 6 Angeklagte zur Todesstrafe, 8 zu lebenslanger Haft und 12 bis 10 Jahre Haft. Hemada wurde im Januar 2016 bei einer Razzia in seinem Haus in Gizeh im Alter von 17 Jahren verhaftet. Er war 42 Tage lang „verschwunden“, und während dieser Zeit berichtete er, dass er mit Elektroschocks gefoltert wurde, um ein erzwungenes Geständnis zu erpressen. Aser Mohamed war im Januar 2016 im Alter von 14 Jahren für 35 Tage „verschwunden“. Er wurde unrechtmäßig zusammen mit Erwachsenen

inhaftiert und mit Elektroschocks und durch stundenlanges Aufhängen an seinen Gliedmaßen gefoltert, um ein Geständnis zu Straftaten zu erzwingen, die er nach eigener Aussage nicht begangen hat, darunter die "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" und der Angriff auf ein Hotel. Er wurde trotz eines grob unfairen Prozesses zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Aser Mohamed wurde strafrechtlich verfolgt, inhaftiert und zusammen mit Erwachsenen verurteilt. Nach dem Völkerrecht müssen Kinder, denen ihre Freiheit entzogen ist, human behandelt und getrennt von Erwachsenen gehalten werden.

Neben Kindern werden auch Frauen regelmäßig Opfer der willkürlichen Verhaftungen. Esraa Abdelfattah wird in der Nacht vom 12. Oktober aus ihrem Auto entführt, bevor sie an einen geheimen Haftort gebracht wird, der von der Nationalen Sicherheitsbehörde (NSA) verwaltet wird, und ihr der Kontakt zu ihrer Familie und ihren Anwälten verwehrt wird. Nach ihrer Festnahme drohte ihr ein NSA-Offizier mit Folter, nachdem sie ihm den Zugang zu ihrem Mobiltelefon verweigert. Daraufhin betreten mehrere Männer den Raum und beginnen, sie auf Gesicht und Körper zu schlagen. Der NSA-Offizier kehrt daraufhin zurück und wiederholt seine Aufforderung, ihr Telefon freizugeben. Als sich Abdelfattah erneut weigert, zieht der Offizier ihr Sweatshirt aus und würgt sie mit dem Spruch: "Ihr Leben im Austausch für das Telefon", bis sie ihm ihr Passwort gibt. Der Offizier legte ihr dann Handschellen an Händen und Beinen an, um sie am Sitzen oder Knien zu hindern, und hält sie fast acht Stunden lang in dieser Position. Ein anderer Offizier warnt, dass ihr weitere Folter drohe, wenn sie dem Staatsanwalt melde, was geschehen sei. Am 1. November 2018 wird Aisha el-Shater, 39, zusammen mit mindestens 18 weiteren Personen, darunter ihr Ehemann Mohamed Abo Horira, verhaftet. Nach ihrer Verhaftung im November 2018 teilen Quellen Al mit, dass Aisha al-Shater schweren Schlägen, Elektroschocks und gewaltsamem „Verschwinden“ ausgesetzt war. Ihre missliche Lage endet nicht, als die Behörden Ende Januar 2019 ihre Verlegung in das Frauengefängnis von al-Qanater anordnen. Stattdessen wird sie unter Bedingungen, die der Folter gleichkommen, zu längerer Einzelhaft gezwungen. Medizinischen Quellen zufolge leidet sie an aplastischer Anämie, einer seltenen und ernsten Erkrankung des Blutes. Ihr Gesundheitszustand verschlechtert sich rasch, und sie wird mit erheblichen Blutungen in das Al-Qasr al-Ainy-Krankenhaus eingeliefert, wo sie mit einer Thrombozytentransfusion behandelt wird. Ihr Zustand erfordert jedoch eine ständige fachärztliche und intensive Behandlung in einer gut ausgestatteten medizinischen Einrichtung. In ihrer gegenwärtigen Situation ist ihr Leben aufgrund von Sepsis oder Blutungen weiterhin ernsthaft gefährdet. Sie ist die Tochter des Seniorchefs der Muslimbruderschaft, Khairat el-Shater.

Ein neuer Bericht, der von Ai veröffentlicht wird, enthüllt, wie Ägyptens Oberste Staatssicherheitsstaatsanwaltschaft (SSSP) routinemäßig die Anti-Terror-Gesetzgebung missbraucht, um Tausende von friedlichen Kritikern zu verfolgen und Garantien für ein faires Verfahren auszusetzen. Der Bericht "Permanent State of Exception"<sup>2</sup> zeigt auf, wie sich die SSSP, die für die Untersuchung von Bedrohungen der nationalen Sicherheit zuständig ist, am „Verschwindenlassen“, willkürlicher Freiheitsberaubung, Folter und anderen Misshandlungen mitschuldig macht. Sie hat Tausende von Menschen über längere Zeiträume aus

---

<sup>2</sup> <https://www.amnesty.org/download/Documents/MDE1213992019ENGLISH.pdf>, Stand November 2019.

fadenscheinigen Gründen inhaftiert und die Rechte der Häftlinge auf ein faires Verfahren zügellos verletzt. Seit Präsident Abdel Fattah al-Sisi 2013 an die Macht kam, hat sich die Zahl der von der SSSP verfolgten Fälle fast verdreifacht von rund 529 im Jahr 2013 auf 1.739 im Jahr 2018 erhöht. Der kometenhafte Anstieg der SSSP-Verfolgungen hat es den Behörden ermöglicht, Verdächtige nominell in "Untersuchungshaft" zu halten, aber in Wirklichkeit werden viele monate- und jahrelang ohne Beweise, auf der Grundlage geheimpolizeilicher Ermittlungen und ohne Rückgriff auf einen wirksamen Rechtsbehelf inhaftiert. Dies ermöglichte es den Behörden, die Praxis der langfristigen Verwaltungshaft nach dem Notstandsgesetz zu wiederholen, die ein Markenzeichen der Mubarak-Ära in Ägypten war, bis ein Urteil des Obersten Verfassungsgerichts 2013 die entsprechende Bestimmung für verfassungswidrig erklärte.

Trotz der anhaltend schlechten Situation um die Menschenrechte im Land werden Ägypten und Spanien am 21. November ausgewählt, gemeinsam eine Überprüfung der Globalen Strategie der UN zur Terrorismusbekämpfung zu leiten.